



**SPD Landesverband Berlin  
Kreis Pankow**

**Wahlperiode 2024 bis 2026**

**4. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)**

**29. März 2025**

**Beschlussbuch**

## Voten der KDV vom 29. März 2025

|  |  |
|--|--|
| <b>Konsensliste</b>                      |  |
| ANT072/04                                | Zustimmung   |
| <b>Organisation</b>                      |  |
| ANT048/04                                | Zustimmung in der Fassung der Antragskommission (Konsensliste) |
| ANT049/04                                | Zustimmung in der Fassung der Antragskommission (Konsensliste) |
| ANT056/04                                | Zustimmung   |
| ANT059/04                                | Zustimmung   |
| ANT062/04                                | Zustimmung in der Fassung der Antragskommission                |
| ANT063/04 (neu)                          | Ablehnung  |
| ANT064/04                                | <i>von antragstellender Gliederung zurückgezogen</i>           |
| ANT071/04                                | erledigt   |
| <b>Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung</b> |  |
| ANT050/04                                | Zustimmung   |
| <b>Bildung</b>                           |  |
| ANT052/04                                | <i>von antragstellender Gliederung zurückgezogen</i>           |
| ANT057/04 /<br>ANT065/04                 | Zustimmung (Konsensliste)                                      |
| ANT070/04                                | Zustimmung in der Fassung der Antragskommission (Konsensliste) |
| <b>Familie / Kinder / Jugend</b>         |  |
| ANT053/04                                | Zustimmung (Konsensliste)                                      |
| <b>Integration</b>                       |  |
| ANT066/04 (neu)                          | Zustimmung in der Fassung der Antragskommission (Konsensliste) |
| ANT067/04 (neu)                          | Zustimmung in geänderter Fassung                               |
| <b>Finanzen</b>                          |  |
| ANT051/04                                | Ablehnung  |
| ANT055/04                                | Zustimmung in der Fassung der Fassung der Antragskommission    |
| <b>Gesundheit</b>                        |  |
| ANT060/04                                | <i>von antragstellender Gliederung zurückgezogen</i>           |
| ANT068/04                                | Zustimmung (Konsensliste)                                      |
| <b>Inneres / Recht</b>                   |  |
| ANT054/04                                | Zustimmung   |
| <b>Kultur</b>                            |  |
| ANT058/04                                | Zustimmung in der Fassung der Antragskommission (Konsensliste) |
| <b>Mobilität</b>                         |  |
| ANT069/04                                | Zustimmung in der Fassung der Antragskommission (Konsensliste) |
| <b>Verwaltung</b>                        |  |
| ANT061/04                                | Überweisung an BVV-Fraktion                                    |

# Organisation

**ANT 048/04**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**16.12.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Schaffung der technischen und rechtlichen Voraussetzungen für die rechtssichere Durchführung von digitalen Abstimmungen zu den Parteiwahlen 2026 ff. durch die SPD Berlin**

- 1 Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert
- 2
- 3 • Eine rechtssichere, digitale Abstimmungsmöglichkeit in Präsenz für Parteiwahlen z.B. per
- 4 App zu organisieren
- 5 • Diese allen Gliederungen für die Parteiwahlen 2026 zugänglich und für diese nutzbar zu
- 6 machen
- 7 • Die Kosten hierfür zu übernehmen
- 8 • Für Mitglieder, die kein eigenes Smartphone/Tablet besitzen, wird eine Anzahl von
- 9 einfachen Tablets für Abstimmungen vom Landesvorstand leihweise vorgehalten
- 10 • Falls erforderlich die rechtlichen Voraussetzungen hierfür zu organisieren
- 11 • Für Mitglieder ohne digitale Fähigkeiten organisatorisch sicherzustellen, dass auch diese an
- 12 den Parteiwahlen teilnehmen können

**Begründung:**

Ehrenamtliche Mitglieder verbringen derzeit viel Zeit damit, auf das Auszählen von Wahlergebnissen per Papier zu warten.

Abgesehen vom unnötigen Verlust kostbarer Lebenszeit und einer ausufernden Zettelwirtschaft, spricht auch die aus der Zeit gefallene Außenwirkung der bisherigen Praxis, mit Stift und Papier abzustimmen, gegen eine Beibehaltung derselben.

Eine moderne Partei nutzt die Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, nimmt den Fortschritt an und geht achtsam mit den zeitlichen Ressourcen ihrer Mitglieder um.

Während der Covidzeit wurden bereits digitale Abstimmungen durchgeführt und es war ein erhebendes Gefühl direkt nach Ende der Abstimmung ein klares Ergebnis vorliegen zu haben, ohne weitere Verzögerungen.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 049/04**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**16.12.2024**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Erstellung eines Merkblattes für das Verfassen von Anträgen**

- 1 Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert
- 2
- 3 • Ein Merkblatt für alle Gliederungen für die professionelle und zielführende Verfassung von
- 4 Anträgen auszuarbeiten
- 5 • Dieses wird allen Gliederungen im Anschluss proaktiv und auf direktem Wege über deren
- 6 Vorstände zur Verfügung gestellt.
- 7 • Es sollte bis spätestens Dezember 2025 zur Verfügung stehen
- 8 • Das Merkblatt sollte seinerseits kurz, prägnant und gut lesbar gehalten sein und nur wenige
- 9 Seiten umfassen, damit es auch zur Kenntnis genommen wird. Ggf. reicht auch eine Seite.

**Begründung:**

Anträge die über mehrere Seiten mäandern, oft ohne klaren Auftrag mit Statements und Begründungen im Antragstext, gespickt mit zahllosen Fremdwörtern die man erst mal nachschlagen muss, sollen der Vergangenheit angehören.

Klare, prägnante formulierte Anträge, die eindeutige Handlungsaufträge transportieren, erhöhen die Akzeptanz durch die abstimmungsberechtigten Mitglieder und sparen Zeit bei den Debatten, weil es im Idealfall nicht mehr erforderlich ist, zu erläutern was eigentlich gemeint ist.

Auch den Mitgliedern der Antragskommission wird so die Arbeit erleichtert und man erspart sich seitenweise Änderungsanträge.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 056/04**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/14 Bötzowviertel**

**01.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Konsequenzen aus dem Debakel – Umgehender Start des Prozesses zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms**

- 1 Der SPD-Parteivorstand startet umgehend den Prozess zur Erarbeitung eines neuen
- 2 Grundsatzprogramms. Dieser soll bis Mitte 2027 abgeschlossen sein und der Beschluss ist auf
- 3 dem regulären Bundesparteitag 2027 anzustreben.

**Begründung:**

Nach dem sozialdemokratischen Wahldebakel bei der Bundestagswahl 2025 ist es von entscheidender Bedeutung unsere Partei für die aktuellen und künftigen Herausforderungen zu wappnen – unabhängig von der Regierungsbeteiligung.

Unser aktuelles Grundsatzprogramm – das Hamburger Programm – stammt aus dem Jahr 2007 und wirkt heute in vielen Teilen antiquiert. Viele darin enthaltenen optimistischen Erwartungen haben sich leider nicht erfüllt und wirken angesichts der aktuellen Entwicklungen naiv oder sogar weltfremd.

Mit einem neuen Grundsatzprogramm können wir zeigen, dass wir uns den neuen Gegebenheiten stellen ohne unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu vernachlässigen. Unsere Visionen für ein Leben in Frieden und Sicherheit – sozialer, innerer sowie äußerer – werden dringend benötigt.

Darüber hinaus können wir durch den Prozess der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms zeigen, dass wir aus dem Debakel des 23.02.2025 lernen und wir uns als Partei weiterentwickeln wollen. Denn wir stehen in einem intensiven Wettbewerb innerhalb des progressiven Politikspektrums um die Führungsrolle. Daher soll bereits der gesamte Prozess unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und unsere Genoss\*innen mobilisieren.

Die Bedürfnisse der Wähler\*innen wandeln sich, die Parteienbindung schwindet und die politische Landschaft wandelt sich kontinuierlich. Um die Menschen davon zu überzeugen, dass wir uns für sie einsetzen und die besten Lösungen für unser Land haben, ist die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms ein wichtiger Baustein. Daher müssen wir zügig mit der Arbeit beginnen um inhaltlich für die kommenden Jahre gut aufgestellt zu sein.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 059/04**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/12 Helmholtzplatz**

**01.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Listenvorschlag des Landesvorstands für zukünftige  
Aufstellungsverfahren vor Bundestagswahlen**

- 1 Der Landesvorstand wird aufgefordert für künftige Aufstellungsverfahren vor Bundestagswahlen  
2 einen Listenvorschlag zu erarbeiten. Landeslisten stellen ein Angebot an die Wähler\*innen dar.  
3  
4 Die Berliner SPD ist, gerade was ihr Personal betrifft, eine Partei, die die diverse  
5 Stadtgesellschaft abbildet – und auch auf den Landeslisten abbilden muss, wenn sie eine  
6 Volkspartei bleiben oder wieder werden will. Die unterschiedlichen Parteiflügel, die  
7 unterschiedlichen Biografien und Lebensentwürfe oder die Parität müssen sich in diesem  
8 Listenvorschlag wiederfinden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass der Osten der  
9 Stadt aussichtsreich auf dieser Liste abgebildet wird. Nicht zuletzt sollen diese Kandidierende  
10 auf sicheren Listenplätzen Berücksichtigung finden.

**Begründung:**

Das Aufstellungsverfahren der Landesliste zur Bundestagswahl 2025 hat die Berliner SPD tief gespalten. Dies ist, vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen, die vor uns liegen kontraproduktiv. Dass der Ostteil der Stadt nicht im Bundestag vertreten sein wird, ist für die gesamte Partei schädlich. In Flächenbundesländern ist üblich das von Landesvorständen, im Vorfeld zu Aufstellungen der jeweiligen Landeslisten, einen Listenvorschlag erarbeitet wird, der das gesamte Bundesland abbildet. So wird beispielsweise in Hessen immer ein Ausgleich geschaffen zwischen dem mitgliederstärkeren Süden und dem mitgliederschwächeren Norden. Ein weiteres Erstarben der AfD ist nur mit einer starken Präsenz der SPD vor Ort aufzuhalten und sicherzustellen.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 062/04**

Antrag Nr.

**Arbeitsgemeinschaft SPD Frauen**

**01.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Frauen zuerst! Für mehr weibliche Perspektiven im Parlament**

- 1 Die SPD Pankow bekräftigt ihre gelebte Praxis, mindestens eine Liste (Bezirk oder Land) bei
- 2 den Aufstellungsverfahren zu den zukünftigen Wahlen mit einer Frau zu beginnen.
- 3
- 4 Bei den Vorabsprachen sollen die Arbeitsgemeinschaften und Abteilungen gleichermaßen
- 5 beteiligt werden.
- 6
- 7 Die Listen werden paritätisch erstellt.

**Begründung:**

Als sozialdemokratische Partei arbeiten wir aktiv für Gleichstellung, auch in unseren eigenen Reihen. Mit einer Listenaufstellung, die Frauen auf vordere Listenplätze stellt, sorgen wir aktiv dafür, dass mehr Frauen ins Parlament kommen. Denn Fakt ist, dass jeder Platz einen Unterschied machen kann.

Die Entscheidung, eine Frau nach vorne zu stellen, verbessert die Chance für alle Frauen, ins Bezirks- oder Landesparlament einzuziehen.

# **Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung**

**ANT 050/04**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/15 Kollwitzplatz - Winskiez**

**09.01.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Genossenschaften als feste Partner von Berlin für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung stärken**

- 1 Die SPD Berlin **begrüßt** ausdrücklich das Engagement der Berliner  
2 Wohnungsgenossenschaften als verlässliche Partner für eine soziale und ökologische  
3 Stadtentwicklung. Die Genossenschaften sichern mit über 200.000 Wohnungen in Berlin  
4 bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten, liegen im Schnitt unter den Mieten  
5 der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und dies in allen Berliner Bezirken.  
6 Genossenschaften stabilisieren durch ihr Engagement ihre Nachbarschaften sozial, sind in  
7 vielen Bereichen Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz und sorgen mit ihren  
8 niedrigen Mieten bzw. Nutzungsentgelten dafür, dass ihre Mitglieder mehr finanziellen Spielraum  
9 für ein selbstbestimmtes Leben haben. Gleichzeitig werden staatliche Transfers für  
10 Subjektförderungen (wie Kosten der Unterkunft oder Wohngeld) nur in geringem Umfang in  
11 Anspruch genommen.
- 12 Die SPD Berlin **begegnet** den Genossenschaften mit Vertrauen, auf Augenhöhe und mit  
13 Respekt. Genossenschaften leben täglich Verantwortung und Demokratie; nicht ohne Grund  
14 gehört die Genossenschaftsidee seit November 2016 per Beschluss der UNESCO zum  
15 Immateriellen Kulturerbe der Menschheit. Uns verbinden gemeinsame Wurzeln und ähnliche  
16 Überzeugungen.
- 17 Die SPD Berlin **erkennt an**, dass Wohnungsbaugenossenschaften auf Dauer bezahlbaren  
18 Wohnraum für Berliner\*innen schaffen und damit einen nachhaltigen Beitrag zu einer sozialen  
19 Stadtentwicklung leisten. Ebenso positiv bewertet die SPD Berlin den Beitrag der  
20 Genossenschaften durch neue Wohnungsbauprojekte sowie den Erwerb von Vorkaufshäusern.  
21 Besonders hervorzuheben ist die Bereitschaft vieler Genossenschaften, durch eine Kultur des  
22 Miteinanders langfristige Belegungsrechte bereitzustellen – vor allem in Projekten sogenannter  
23 „junger Genossenschaften“ – im Gegenzug für Förderungen oder die Bereitstellung von  
24 Grundstücken.
- 25 Die SPD Berlin **respektiert** die Eigenständigkeit der Wohnungsgenossenschaften, die eine hohe  
26 wirtschaftliche Verantwortung tragen. Gleichzeitig zählen sie durch ihre internen demokratischen

27 Strukturen – wie gewählte Aufsichtsräte – und externe Prüfungen zu den Unternehmen mit einer  
28 extrem niedrigen Insolvenzrate nahe Null.

## 29 **Ziele der Berliner SPD:**

30 Die SPD Berlin unterstützt vor diesem Hintergrund folgende Maßnahmen und Zielsetzungen:

### 31 **1. Neue Quartiere nur mit Genossenschaften**

32 Genossenschaftliche Neubauprojekte stabilisieren neue Kieze, wie es aus vielen  
33 deutschen und europäischen Metropolen wie München und Wien seit Langem bekannt  
34 ist. Daher fordert die SPD Berlin, dass neue Quartiere einen Genossenschaftsanteil von  
35 mindesten 25 % an den geplanten Wohnungen erhalten. Öffentliche Grundstücke sollen  
36 im Rahmen eines Wettbewerbs nach dem besten Konzept zum Festpreis vergeben  
37 werden. Dabei müssen Förderkonzepte und vertragliche Auflagen wie  
38 Belegungsbindungen sowie die Zusammenarbeit mit sozialen und kulturellen Trägern  
39 und Initiativen festgelegt werden.

### 40 **2. Maßgeschneiderte Förderprogramme**

41 Die SPD Berlin setzt sich für eine gemischte Stadt ein und sieht in den  
42 Genossenschaften einen wichtigen Partner. Um sie gezielt zu unterstützen, werden  
43 folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- 44 ○ **Vergabe von Grundstücken** zum sozialen Ertragswert, der dauerhaft  
45 kostengünstige Mieten ermöglicht. Quartierslösungen erlauben erhebliche  
46 Synergieeffekte für die ganze Stadt und sind bei Grundstücksvergaben zu  
47 bevorzugen.
- 48 ○ **Kredite mit sozialer Orientierung**, im Einzelfall bei Bedarf auch als  
49 Nachrangdarlehen oder abgesichert durch Bürgschaften, um den Erwerb von  
50 Häusern, die Sanierung und den Neubau zu fördern. Diese Kredite sollen sich an  
51 der sozial zu erzielenden Miete orientieren. Im Gegenzug wird ein verbindliches  
52 Belegungskonzept vereinbart. Eine Nutzung von Zuschüssen des Bundes (u.a.  
53 für Zinsverbilligungen) wird angestrebt.
- 54 ○ Berücksichtigung der **bilanzrechtlichen Besonderheiten** von  
55 Genossenschaften, die stille Reserven oder Wertentwicklungen von  
56 Grundstücken in ihren Bilanzen oft nicht abbilden können.
- 57 ○ Besondere Unterstützung einkommensschwächerer Mitglieder durch  
58 Nachrangdarlehen, um den Erwerb von Genossenschaftsanteilen zu ermöglichen  
59 und damit langfristig niedrige Mieten gerade für diese Zielgruppe sicherzustellen.
- 60 ○ **Mittelbare Belegungsbindungen** stärker nutzen, z. B. indem Belegungsrechte  
61 für Bestandswohnungen akzeptiert werden, um ein flexibles Umzugsmanagement  
62 innerhalb der Genossenschaften zu ermöglichen (z. B. zwischen größeren und  
63 kleineren Wohnungen).
- 64 ○ Zielgerichtete Unterstützung von Genossenschaften, die Wohnraum für  
65 Studierende, Auszubildende und Räume für Künstler\*innen anbieten.

### 66 **3. Förderung innovativer Energie- und Sharing-Konzepte**

67 Genossenschaften setzen innovative Konzepte für eine Energieversorgung mit  
68 erneuerbaren Energien vor Ort und Sharing-Modelle für Mobilität um. Diese Initiativen  
69 werden von der SPD Berlin ausdrücklich unterstützt.

**Begründung:**

Berlin braucht Wohnungsbaugenossenschaften, und Wohnungsbaugenossenschaften brauchen Berlin. Durch eine neue Kultur des Miteinanders soll der genossenschaftliche Neubau, der Erwerb von Bestandsimmobilien sowie die Sanierung deutlich gesteigert werden. Angesichts dramatisch steigender Neuvertragsmieten im ungebundenen Wohnungsbau, auslaufenden Sozialbindungen und einer dramatisch hohen Obdachlosigkeit ist dies dringend erforderlich.

**Bildung**

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 057/04 / ANT 065/04**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/14 Bötzowviertel /  
Arbeitsgemeinschaft 60 plus**

**01.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Mittelaufstockung für digitale Medien beim VÖBB**

---

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
- 2 sich bei den nächsten Haushaltsverhandlungen für eine deutliche Aufstockung der Mittel für
- 3 digitale Medien im Rahmen des VÖBB (Verbund der öffentlichen Bibliotheken Berlins)
- 4 einzusetzen.

**Begründung:**

Nachdem immer mehr Tageszeitungen für ihr digitales Angebot eine Bezahlschranke eingerichtet haben, kommt dem digitalen Angebot der öffentlichen Bibliotheken eine besondere Rolle bei der Gewährung der Informationsfreiheit für alle zu. Insbesondere das Angebot an digitalen Tageszeitungen ist auch für alle an aktuellen Geschehnisse interessierte Seniorinnen und Senioren von großer Bedeutung. Dies zeigt sich daran, dass die Nutzerzahlen auf den VÖBB deutlich zugenommen haben. Dies hat zur Folge, dass an vielen Tagen bereits ab 8:00 Uhr das Angebot an aktuellen Tageszeitungen ausgeschöpft ist und der Zugriff erst am nächsten Tag erfolgen kann. Aufgrund der steigenden Zugriffszahlen ist deswegen eine erhebliche Aufstockung der Mittel erforderlich.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 070/04**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/12 Helmholtzplatz**

**14.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Verbesserung der Sprachförderung durch eine Stärkung des Fachs  
Deutsch als Zweitsprache (DaZ)**

- 1 Die SPD-Pankow fordert die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, die  
2 Arbeitsgrundlage der Lehrkräfte mit dem Fach Deutsch-als-Zweitsprache zu verbessern. Im  
3 Einzelnen fordern wir:  
4
- 5 1. Mindestens halbjährige Arbeitsverträge  
6 Wir fordern, dass alle Lehrkräfte im Fach Deutsch-als-Zweitsprache (DaZ)  
7 Arbeitsverträge mit einer Laufzeit von mindestens einem Jahr erhalten.  
8
  - 9 2. Bachelorabschluss als Mindestanforderung  
10 Die Mindestqualifikation für die Einstellung einer Lehrkraft im Fach DaZ muss ein  
11 abgeschlossenes Bachelorstudium im Fach DaZ oder ein fachlich vergleichbarer  
12 Hochschulabschluss sein.  
13
  - 14 3. Einführung landesweiter Online-Sprachstandstests für DaZ-SuS  
15 Wir fordern die Einführung landesweiter online Vergleichstests zusätzlich zu den bereits  
16 bestehenden Deutsch-Vergleichstests für DaZ-Schüler\*innen (SuS), um die  
17 Sprachkompetenzen regelmäßig und objektiv zu erfassen. Die Ergebnisse dieser Tests  
18 müssen anonymisiert öffentlich zugänglich gemacht und auf der landeseigenen Webseite  
19 der Senatsverwaltung veröffentlicht werden.  
20
  - 21 4. Einführung individueller Lernzeit mit DaZ-Fachkräften  
22 Wir fordern, dass DaZ – SuS auf Grundlage von Sprachstandstests zeitweise individuelle  
23 Förderung erhalten.  
24
  - 25 5. Erhöhung der finanziellen Mittel und Besetzung weiterer Stellen  
26 Wir fordern, dass die Senatsverwaltung höhere finanzielle Mittel im Haushalt bereitstellt,  
27 um die Zahl der Lehrkräfte im Fach DaZ deutlich zu erhöhen. Es muss gewährleistet  
28 werden, dass ausreichend Stellen besetzt werden.

## **Begründung:**

1. Mindestens halbjährige Arbeitsverträge  
Die Beschäftigung von Deutschlehrkräften im Bereich DaZ auf befristeten Verträgen führt zu hoher Unsicherheit und Fluktuation. Diese Unsicherheit erschwert nicht nur die langfristige Planung der Lehrkräfte, sondern wirkt sich auch negativ auf die Kontinuität des Unterrichts und die Qualität der Sprachförderung an den Schulen aus. Unbefristete oder langfristige Verträge gewährleisten einen stabilen Unterrichtsalltag für DaZ-SuS und tragen dazu bei, talentierte und hochqualifizierte Lehrkräfte auch aus privaten Bildungseinrichtungen an öffentliche Schulen langfristig zu binden.
2. Bachelorabschluss als Mindestanforderung  
Ein hochqualitativer DaZ-Unterricht erfordert eine fundierte Ausbildung der Lehrkräfte. Ein abgeschlossenes Bachelorstudium stellt sicher, dass die Lehrkräfte über das nötige Grundlagenwissen verfügen, um die spezifischen Anforderungen des DaZ-Unterrichts zu erfüllen. Nur durch qualifizierte Lehrkräfte kann eine effektive Sprachförderung stattfinden, die den Bedürfnissen der Lernenden gerecht wird.
3. Einführung landesweiter online-Sprachstandtests für DaZ-SuS  
Die Einführung von regelmäßigen, objektiven Tests bietet eine transparente und vergleichbare Grundlage zur Messung des Fortschritts im DaZ-Unterricht und das in ganz Berlin. Diese Tests ermöglichen es, die Effektivität verschiedener DaZ-Programme zu überwachen und anzupassen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse fördert zudem eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Qualität der Sprachförderung und sorgt für eine stärkere Verantwortlichkeit.
4. Einführung individueller Lernzeit mit DaZ-Fachkräften  
Deutsch als Zweitsprache zu erlernen erfordert eine gezielte Unterstützung. DaZ-SuS haben häufig Schwierigkeiten mit der Grammatik, dem Wortschatz und der Satzstruktur. Durch den direkten Kontakt zu einer DaZ-Lehrkraft können Missverständnisse erkannt und geklärt werden. Die Schüler\*innen gewinnen nicht nur deutlich schneller sprachliche Sicherheit, sondern auch mehr Selbstvertrauen im Umgang mit der deutschen Sprache. Diese individuelle Förderung erhöht die Chancen sprachliche Defizite auszuräumen, so schnell wie möglich auch in Regelklassen mithalten zu können und die Integration in das deutsche Bildungssystem erheblich zu erleichtern.
5. Erhöhung der finanziellen Mittel und Besetzung weiterer Stellen  
Der steigende Bedarf an DaZ-Lehrkräften, vor allem aufgrund der zunehmenden Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund, erfordert eine Ausweitung der Ressourcen. Aktuell sind die bestehenden Stellen nicht ausreichend, um allen Schüler\*innen eine angemessene Sprachförderung zu bieten. Eine deutliche Erhöhung des Budgets und der Stellenanzahl ist notwendig, um den Anforderungen eines modernen Bildungssystems gerecht zu werden und Chancengerechtigkeit mit Blick auf eine hochwertige Sprachförderung zu gewährleisten.

**Familie / Kinder / Jugend**

**ANT 053/04**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/11 Mauerpark**

**24.02.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Mehr Zeit mit der Familie, weniger Zeit mit dem Amt –  
Kombianträge für Familienleistungen einführen**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie des Senats werden
- 2 aufgefordert, sich für die Einführung von Kombianträgen bei Familienleistungen einzusetzen.
- 3 Dabei sollen Eltern nach dem Vorbild des Hamburger Service „Kinderleicht zum Kindergeld“ mit
- 4 nur einem Antrag ihrem Kind einen Namen geben, Geburtsurkunden bestellen, das Kind ins
- 5 Meldewesen eintragen lassen und gleichzeitig das Kindergeld beantragen können. Die
- 6 Beantragung soll sowohl online als auch analog direkt in den Geburtskliniken erfolgen können.

**Begründung:**

Seit 2018 ermöglicht es der Service „Kinderleicht zum Kindergeld“ Eltern, deren Kinder in Hamburg geboren werden, mit einem einzigen Kombiformular ihrem Kind einen Namen zu geben, Geburtsurkunden zu bestellen, das Kind im Meldewesen eintragen zu lassen sowie eine Steuer-ID und gleichzeitig das Kindergeld zu beantragen. Der Service kann sowohl digital über den Online-Dienst mit integriertem Sprachassistenten (über Smartphone, Tablet oder Terminalgerät in der Klinik) oder auch analog mit dem dreiseitigen Kombiformular beantragt werden. Bei Nutzung des analogen Antrages kann dieser direkt in der Geburtsklinik abgegeben werden.

Der Service steht flächendeckend bei Geburten in allen Hamburger Geburtskliniken und im Geburtshaus Hamburg zur Verfügung und kann auch bei Hausgeburten genutzt werden. Nach nur wenigen Tagen werden die Dienstleistungen dann per Post übermittelt und das Kindergeld wird direkt auf das Konto überwiesen. Im Zuge der Einführung des Projektes konnte die Bewilligungsdauer der Leistungen von durchschnittlich von 30 auf 6,5 Tage verkürzt werden.

Der Service lief in Hamburg zunächst als Pilotprojekt mit dem Bundesfamilienministerium. Seit Inkrafttreten des Digitale-Familienleistungen-Gesetzes im Dezember 2020 sind digitale Kombianträge für Familienleistungen auch in anderen Kommunen prinzipiell möglich. Verschiedene Kommunen haben davon Gebrauch gemacht, etwa Chemnitz, Bremen und Nürnberg. Der Service bietet Familien eine immense Erleichterung und erspart ihnen die

Korrespondenz mit verschiedenen Ämtern. Es ist höchste Zeit, dass auch Berliner Familien davon profitieren.

# Integration

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 066/04 (neu)**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/09 Blankenburg-Heinersdorf**

**26.02.2025 (26.03.2025)**

---

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Integration neu gerecht denken**

---

- 1 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so! Migration bringt Chancen für  
2 die gesamte Gesellschaft.  
3  
4 Geflüchtete treffen in Berlin jedoch auf viele Hürden. So zum Beispiel im Bereich der  
5 Anerkennung von Berufsausbildung und Studium. Extreme Anforderungen und eine zum Teil  
6 absurde Bürokratie sorgen hier für Verzweiflung. Ein Zustand, der angesichts fehlenden  
7 Personals nicht länger hinnehmbar ist!  
8  
9 Ein Schlüssel zur Integration stellt das Erlernen der Sprache dar, denn Austausch mit der  
10 Aufnahmegesellschaft wird in erster Linie durch Sprache hergestellt. Leider stoßen die  
11 Sprachlernangebote an einigen Orten Berlins auf eine zu hohe Nachfrage, weswegen  
12 Geflüchtete teilweise weite Wege zu anderen Sprachschulen zurücklegen müssen.  
13  
14 Der Wohnungsmarkt stellt eine weitere große Hürde für Geflüchtete dar. Viele Geflüchtete mit  
15 bereits bewilligter Aufenthaltsgenehmigung können die Aufnahmeeinrichtungen nicht verlassen,  
16 da sie keine Wohnung finden. Das führt dazu, dass der Druck, der durch die überfüllten  
17 Erstaufnahmeeinrichtungen entsteht und größer wird, nicht abgebaut werden kann.  
18  
19 Die Verteilung von Geflüchteten in Berlin geschieht bisher sehr ungleich, wodurch einige wenige  
20 Ost-Berliner Bezirke fast die gesamte Last von Aufnahme und Integration stemmen.  
21 Stellvertretend für viele Berliner Stadtteile, die von der ungerechten Verteilung betroffen sind,  
22 steht Berlin-Buch. Mit hohem Einsatz leisten Ehrenamtliche hier viel, um Aufnahme und  
23 Integration möglich zu machen. Allerdings fehlt es an sozialer Infrastruktur, um dieser  
24 Herausforderung gerecht zu werden. Eine Herausforderung, welche eigentlich die gesamte  
25 Stadtgesellschaft tragen muss.  
26  
27 Aktuell ist die Unterbringung von Geflüchteten vielerorts desaströs, was in Berlin beispielsweise  
28 bei der Großunterkunft am ehemaligen Flughafen Berlin-Tegel beobachtet werden kann. Diese  
29 menschenunwürdigen Zustände müssen schnellstmöglich überwunden werden, sodass den  
30 Geflüchteten mehr Perspektiven für ihre persönliche Zukunft gegeben werden können.

31 Letztlich stellen die Kürzungen im Haushalt eine drohende Gefahr für die Integrationshilfe dar.  
32 Gerade die Bürgerzentren in den Kiezen sind hier Anlaufstelle für viele Fragen und Angebote.  
33 Die Unterstützung darf nicht gekürzt, sondern sie muss erweitert werden.

34

35 Integration gelingt dann, wenn Austausch zwischen Aufnehmenden und Ankommenden  
36 hergestellt und vertieft wird. Sie gelingt, wenn wir für Bedingungen sorgen, die Aufnehmende  
37 nicht überlasten und Ankommende nicht überfordern. Eine Konzentration Geflüchteter auf  
38 wenige Orte wirkt segregierend und steht einem integrierenden Austausch entgegen.

39

40 Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren sowie Mitglieder der  
41 Bezirksverordnetenversammlung Pankow und des Bezirksamts Pankow dazu auf,  
42 anzuerkennen, dass Buch weltoffen ist und seinen Beitrag zur Unterbringung und Integration  
43 von Geflüchteten leistet. Wir fordern:

44

- 45 • im kommenden Haushalt für einen auskömmlichen Etat zur Planung und Umsetzung der  
46 notwendigen medizinischen, sozialen und schulischen Infrastruktur und eine breitere  
47 Verteilung auf das gesamte Stadtgebiet entsprechend Antrag 117/I/2024 zu sorgen,
- 48 • grundsätzlich von der Möglichkeit auf Landesebene Gebrauch zu machen, mithilfe einer  
49 Erklärung einer Notlage die nötigen Spielräume zu nutzen, um Kredite für die  
50 Unterbringung und schnellstmöglichen Integration von Geflüchteten aufzunehmen,
- 51 • ein umfassendes Investitionsprogramm zu schaffen, wobei zum einen die landeseigenen  
52 Wohnungsbaugesellschaften mit den nötigen Mittel ausgestattet werden, um den Bedarf  
53 an bezahlbarem Wohnraum generell, aber auch speziell für Geflüchtete zu decken. Zum  
54 anderen soll die Entwicklung der sozialen Infrastruktur in den entsprechenden  
55 Neubaugebieten entsprechend gefördert werden. Das Ziel muss sein, die  
56 Aufenthaltsdauer von Geflüchteten bestmöglich zu reduzieren und diesen geregelte  
57 Wohnverhältnisse zu ermöglichen. Langfristig sollen Synergien durch ein  
58 Zusammendenken der Unterbringung von geflüchteten und obdachlosen Menschen  
59 geschafft werden,
- 60 • die Schließung der Notunterkunft in Berlin-Tegel schnellstmöglich umzusetzen, indem  
61 Alternativunterkünfte geschaffen werden. Dabei soll die Anmietung von Hotels für die  
62 Unterbringung von Geflüchteten verstärkt als günstigere und menschenwürdigere  
63 Alternative für die Unterbringung umgesetzt werden. Der Kurs der vermeintlichen  
64 Abschreckung, indem möglichst schlechte Bedingungen für Geflüchtete geschaffen  
65 werden, von Seiten der CDU soll abgelehnt werden,
- 66 • die Anerkennung von Berufsabschlüssen und anderen Qualifikationen zu erleichtern und  
67 zu beschleunigen,
- 68 • ausländische Ein-Fach-Lehrkräfte für Berliner Schulen anzuerkennen,
- 69 • an die Arbeitgebenden der Stadt zu appellieren, die Anforderungen hinsichtlich der  
70 formell geforderten Sprachniveaus zu reduzieren sowie eigene Sprachkurse anzubieten  
71 oder zu finanzieren,
- 72 • wieder eine Vollzeitstelle in allen Stadtteilzentren zur Integrationshilfe zu finanzieren,
- 73 • den Ausbau von kostenlosen Sprachkursen dem Bedarf anzupassen, sodass alle  
74 Geflüchtete schnellstmöglich hieran teilnehmen können,
- 75 • die Bezahlkarte als Gängelungsmaßnahme gegenüber Geflüchteten weiterhin  
76 grundsätzlich abzulehnen und die Bargeldobergrenze vollständig entfallen zu lassen,
- 77 • Einsparungen bei Integrationsprojekten, wie zum Beispiel bei den Berliner Kitas für  
78 Geflüchtete, grundsätzlich abzulehnen. Vielmehr müssen in diesem Bereich deutlich  
79 mehr Mittel bereitgestellt werden,

- 80 • das Angebot von psychotherapeutischen, psycho-sozialen, psycho-traumatischen und  
81 weiteren Behandlungsmöglichkeiten mit den nötigen finanziellen Mitteln auszuweiten und  
82 dem entsprechenden Bedarf anzupassen und  
83 • die Umsetzung des geplanten BIZ (Bildungs- und Integrationszentrum) in Berlin-Buch zu  
84 beschleunigen.

## **Begründung:**

### **Bessere Unterbringung**

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Integration insbesondere dort funktioniert, wo Menschen zusammenkommen. Es ist hingegen kontraproduktiv, homogene Orte zu schaffen, an denen kein Austausch möglich ist.

Es muss deswegen das sozialdemokratische Ziel sein, Menschen, die zu uns flüchten und denen, die hier bereits zuhause sind, eine Brücke zu bauen. Es muss uns gelingen, Menschen, die flüchten oder migrieren menschenwürdig unterzubringen und eine Homogenisierung durch eine zu starke örtliche Konzentration zu vermeiden! Das schaffen wir z. B. durch eine klar festgelegte berlinweite dezentrale Verteilung der Geflüchteten auf kleinere Unterkünfte.

### **Perspektive Sprache**

„Sprache ist der Schlüssel zur Welt.“ Das Erlernen der deutschen Sprache ist das Fundament für eine erfolgreiche Integration. Soziale und gesellschaftliche Interaktionen, Arbeitsmarkt, politische Diskussionen – all das ist ungleich schwieriger, wenn sich ein Mensch nicht oder nicht ausreichend verständigen kann. Deshalb ist das Erlernen der deutschen Sprache unerlässlich für alle geflüchteten Menschen.

Diesbezüglich wird jedoch auch deutlich, dass das öffentliche, kostenlose Angebot an Sprachkursen bei Weitem nicht den Bedarf decken kann. So ist es für viele Geflüchtete häufig nicht oder lediglich bei kostspieligen privaten Angeboten an einem Sprachkurs teilzunehmen. Von öffentlicher Seite muss deutlich mehr investiert werden, um allen Geflüchteten schnellstmöglich einen qualifizierten kostenlosen Sprachkurs anbieten zu können.

Grundlegend ist es entscheidend, Sprachförderung nicht nur auf den Unterricht zu beschränken, sondern auch im Alltag anzuwenden – beispielsweise durch ein enges Netzwerk von Integrationshelfer\*innen, die in allen Stadtteilen, auch aufsuchend in den Unterkünften, aktiv sind. Die Bundesagentur für Arbeit hat im Rahmen des Jobturbos die Möglichkeiten zur Sprachbildung am Arbeitsplatz erheblich vereinfacht – die Erfahrungen zeigen, dass dies der optimale Weg zur Integration und zum Erlernen von Deutsch ist. Diese Möglichkeiten müssen auch in Berlin mehr genutzt werden. Gleichzeitig appellieren wir an die Arbeitgeber\*innen der Stadt, die Anforderungen hinsichtlich der formell geforderten Sprachniveaus zu reduzieren.

### **Perspektive Ausbildung und Arbeit**

Der weltweite Vergleich unterschiedlicher Integrationsansätze zeigt, dass die Integration durch gute Arbeit grundsätzlich ein erfolgreicher Weg zur Integration von Menschen ist. Deutschland kann in den letzten Jahren gerade bei Geflüchteten mit vorhandener Qualifikation durchaus Erfolge in der Integration in den Arbeitsmarkt vorweisen. Allerdings sind insbesondere die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen sowie die Verfügbarkeit von sozialer Infrastruktur (insbesondere im KiTa Bereich) stark limitierende Faktoren. Gerade die

ukrainischen Geflüchteten (oftmals alleinerziehende Mütter) sind von diesen Faktoren oft betroffen, wodurch viele Geflüchtete inzwischen sehr desillusioniert sind. In Berlin ist der Arbeitskräftemangel allgegenwärtig. So zum Beispiel in der Bildung, in der Pflege und im Dienstleistungsbereich. Viele Geflüchtete sind als Lehrkräfte aktiv gewesen, haben aber nur ein Fach studiert und sind daher nicht berechtigt in Deutschland zu lehren. Abhilfe kann hierbei die Akzeptanz von Ein-Fach-Lehrkräften schaffen. Auch in anderen Arbeitsbereichen sollte untersucht werden, wie der Wissensschatz und das Können der Geflüchteten genutzt werden können und wie durch berufliche Anerkennung eine Win-Win-Situation erreicht werden kann.

### **Perspektive Wohnen**

Wie so viele Probleme in Berlin, hängt auch die Integration mit dem hoch angespannten Wohnungsmarkt zusammen. Wer dauerhaft in Berlin leben möchte, muss auf diesem Wohnungsmarkt auch eine Wohnung finden können. Es ist hinlänglich nachgewiesen worden, dass die Suche nach einer Wohnung durch Faktoren wie Wohnanschrift, beruflichem Background und auch dem Nachnamen (aufgrund rassistischer Strukturen) beeinflusst werden. Geflüchtete, die Massenunterkünfte verlassen wollen, haben es schwer, eine geeignete und langfristige Wohnung zu finden. Neben der Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus allgemein, muss hier ebenfalls staatliche Unterstützung geleistet werden, zum Beispiel durch Neubau und Ankauf von Wohnungen in allen Stadtteilen, die für eine feste Zeit an Geflüchtete vermietet werden. Im Anschluss müssen diese Wohnungen auch für alle Berliner\*innen angeboten werden. Hamburg hat gezeigt, dass das erleichterte Sonderbaurecht für modulare Unterkünfte (MUF) eine enorme Erleichterung für die kurzfristige Schaffung zusätzlichen Wohnraums ist.

Wir erwarten daher, dass der Senat die erforderlichen Unterkünfte durch ein entsprechendes Wohnungsbauprogramm der landeseigenen Wohnungsunternehmen schafft. Dabei ist wichtig, dass dadurch gemischte und zukunftsfähige Quartiere entstehen.

### **Integrationshilfe in den Stadtteilen**

Einen großen Dienst in der Integration von Geflüchteten leisten die Stadtteilzentren. Diese könnten noch effektiver handeln, wenn es eine durch Land oder Bezirke finanzierte Vollzeitstelle in jedem Stadtteilzentrum zur Integrationshilfe geben würde. Als solche könnten sie verstärkt Angebote für Sprachkurse, Kinderbetreuung, Selbsthilfe und Ehrenamt vermitteln, bei beruflicher Anerkennung und bei Bewerbungen unterstützen und im Verwaltungsdschungel helfen. Das Landesprogramm Stadteilmütter und andere erfolgreiche Projekte innerhalb der migrantischen Community zur Ansprache, Beratung und Unterstützung müssen verlässlich finanziert werden. Geplante Einsparungen bei Integrationsprojekten, wie zum Beispiel bei den Berliner Kitas für Geflüchtete lehnen wir grundsätzlich ab. Darüber hinaus soll das Angebot von psychotherapeutischen, psycho-sozialen und psycho-traumatischen Behandlungsmöglichkeiten mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgeweitet und dem entsprechenden Bedarf angepasst werden.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 067/04 (neu)**

Antrag Nr.

**AG Migration und Vielfalt /  
Abteilung 03/05 Pankow Süd**

**05.03.2025 (07.03.2025)**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**SPD-Pankow startet Einbürgerungs-Infokampagne**

- 1 Der Kreisverband der SPD-Pankow bereitet zusammen mit der AG Migration und Vielfalt (AG
- 2 MuV) in der SPD-Pankow eine Einbürgerungskampagne für 2025 und 2026 vor. Diese flankiert
- 3 der Kreisvorstand der Partei mit Infomaterial und mit Social Media Arbeit zum Thema.
- 4
- 5 Konkret erstellt die AG MuV einen Einbürgerungs-Informationen-Flyer (Tenor: Wie funktioniert das
- 6 Einbürgerungsverfahren?), mit dem die Abteilungen vor Ort an ihren Infotischen Migrant:innen
- 7 und interessierte Bürger:innen – z.B. Pankower:innen, die nicht-eingebürgerte Nachbar:innen
- 8 ansprechen wollen - aktiv Einbürgerungen zum Thema machen können. Vorbereitend dafür wird
- 9 die AG Migration und Vielfalt mit dem Kreisvorstand der SPD-Pankow einen Informationsabend
- 10 für alle Abteilungen ausrichten, bei dem das nunmehr digitale Einbürgerungsverfahren mit dem
- 11 neuen Landeseinbürgerungszentrum in Berlin sowie das neue Staatsangehörigkeitsrecht erklärt
- 12 werden.
- 13
- 14 Der Start der Kampagne mit Infotischen der Abteilungen ist im September 2025. Im
- 15 Sommer/Herbst 2025 und Frühjahr/Sommer 2026 sind die Abteilungen aufgerufen, die
- 16 Kampagne aktiv zu unterstützen.
- 17
- 18 Sollte der Landesparteitag eine Landeseinbürgerungskampagne befürworten, schließt sich die
- 19 SPD-Pankow dieser aktiv an.

**Begründung:**

Im Bundestagswahlkampf haben viele von uns die Erfahrung gemacht: Pankower Migrant:innen sind an Politik - und auch an der SPD - sehr interessiert, haben aber meist kein Wahlrecht, weil sie keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Viele wissen nicht, dass sich die Voraussetzungen für eine Einbürgerung deutlich verbessert haben.

Wir haben als SPD in Bund und Land für raschere Einbürgerungsverfahren gesorgt, indem wir ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht umgesetzt und ein Landeseinbürgerungszentrum in Berlin errichtet haben, das durch Digitalisierung die Einbürgerungsverfahren beschleunigt hat.

Das hat sich unter Migrant:innen nicht durchgängig durchgesprochen.

Unsere eigenen erfolgreichen Themen müssen wir daher in die Gesellschaft tragen und Menschen dafür gewinnen – Migrant:innen wie Alteingesessene gleichermaßen. Denn gleiche Rechte gehen alle etwas an.

Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der Demokratie gefährdende Kräfte erstarken. Volle Bürgerrechte und damit Wahlrecht für mehr Pankower Einwohner:innen, sind auch ein wichtiger Schritt zur Verteidigung der Demokratie.

# Finanzen

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 055/04**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/14 Bötzowviertel**

**01.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Der Umwelt und dem Haushalt zuliebe**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und die Mitglieder der SPD-Fraktion im
- 2 Abgeordnetenhaus werden aufgefordert sich offensiv und nachdrücklich für die Einführung einer
- 3 kommunalen Berliner Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen bei Speisen und Getränken
- 4 für den sofortigen Verzehr oder zum Mitnehmen einzusetzen.

**Begründung:**

Mit der Einführung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen könnten in Berlin mehrere positive Effekte erzielt werden.

Zunächst einmal ist die Erhöhung der Einnahmen für den Berliner Landeshaushalts dringend geboten. Angesichts der drohenden zweiten Sparrunde für das Jahr 2026 sollten alle zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten verfolgt werden. Eine kommunale Verpackungssteuer kann erhebliche Einnahmen generieren und damit den allgemeinen Spardruck dämpfen. Nach Schätzungen des BUND Berlin kann das Land Berlin mit einer entsprechend ausgestalteten Steuer (ähnlich wie in Köln, Tübingen oder Gießen) mit Steuermehreinnahmen von bis zu 40 Millionen Euro rechnen.

Darüber hinaus schafft eine entsprechende Steuer mehr Gerechtigkeit für die Berliner\*innen. Denn bisher werde die Kosten für die Entsorgung von Einwegverpackungen durch die Allgemeinheit getragen. Mit der Steuer würden diese Kosten auf die Verursacher des Mülls verlagert und somit eine gerechtere Verteilung der Kosten ermöglicht.

Ebenso trägt die Steuer zur Müllreduzierung und damit zum Umweltschutz bei. Wer mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, erkennt die enormen Mengen von Müll in allen möglichen Formen. Mit der Einführung der Steuer auf Einwegverpackungen kann ein Beitrag zu weniger Verpackungsmüll geleistet werden und die Verbraucher\*innen könnten dazu animiert werden auf umweltfreundlichere Mehrwegverpackungen umzusteigen.

**Gesundheit**

**ANT 068/04**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/15 Kollwitzplatz - Winskiez**

**07.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Drogen-Check-Projekt dauerhaft anbieten**

---

- 1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
- 2 fehlende Kapazitäten erweitert werden, um den kostenlosen Drogen-Check der hohen
- 3 Nachfrage anzupassen.

**Begründung:**

Das von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege ins Leben gerufene Berliner Projekt „Analysegestützte Beratung – Drug-Checking“ zeigt Wirkung: Gesundheitsrisiken werden reduziert, das Konsumverhalten hat sich verändert und Menschen mit Substanzkonsum werden niedrigschwellig an Hilfsangebote herangeführt.

Das ist das Ergebnis einer 30-wöchigen Evaluierungsphase der Charité – Universitätsmedizin und des Instituts für Suchtforschung in Frankfurt am Main, die das Berliner Drug-Checking-Projekt wissenschaftlich begleitet haben. Die Evaluierung zeigt, dass das Angebot der Senatsgesundheitsverwaltung auf großes Interesse stößt: Insgesamt nahmen 530 Personen an der Evaluierung teil und reichten insgesamt 1.120 Substanzproben ein. Die Ergebnisse der Probenanalysen verdeutlichen die Bedeutung des Drug-Checkings: Nur 44,8 Prozent der Proben enthielten den erwarteten Wirkstoff, während 53,7 Prozent unerwartete Beimischungen aufwiesen, darunter auch potenziell gefährliche Substanzen. Die analysegestützte Beratung hätte signifikante Auswirkungen auf das Konsumverhalten der Befragten gehabt: Personen, deren Proben unerwartete Stoffe enthielten, verzichteten etwa fünfmal häufiger auf den Konsum. Bei Substanzen mit einer höher als erwarteten Wirkstoffkonzentration wurde die Dosis oft reduziert.

Insgesamt bewerteten 99,4 Prozent der Teilnehmenden das Projekt als nützlich und würden es erneut nutzen. Zudem empfanden 93,8 Prozent die Beratungsgespräche als hilfreich, was die Bedeutung einer kompetenten und niedrigschwelligen Begleitung verdeutlicht. Positiv zu bewerten ist, dass 73 Prozent der Teilnehmenden zuvor keinen Kontakt zum Suchthilfesystem hatten.

# **Inneres / Recht**

**ANT 054/04**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/14 Bötzowviertel**

**01.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Doppelgebühren im Einbürgerungsverfahren stoppen!**

- 1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Pankow fordert die Abgeordnetenhausfraktion der
- 2 SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates dazu auf, die mehrfache
- 3 Erhebung von Gebühren im Rahmen der Antragsstellung im Einbürgerungsverfahren im Land
- 4 Berlin umgehend zu stoppen.

**Begründung:**

Seit dem 1. Januar 2024 ist das Landesamt für Einwanderung (LEA) für Einbürgerungsfragen zuständig. Zuvor lagen diese Vorgänge in der Zuständigkeit der Bezirke. Trotz einer durchschnittlichen Wartezeit von ohnehin schon 24 Monaten stauten sich dort mit den Jahren rund offene 40.000 Anträge an – der älteste stammt aus dem Jahr 2005.<sup>1</sup> Mit der Übernahme der Antragsbearbeitung durch das LEA sollte u.a. die Wartezeit deutlich verkürzt werden. Bestehende Anträge wurden digitalisiert und an das LEA übergeben, neue Einbürgerungsbegehren können inzwischen mittels „Quick-Check“ hinsichtlich ihrer Aussicht auf Erfolg vorab online geprüft werden.

Einzig: Tatsächlich schneller werden bis heute nur jene Anträge bearbeitet, die das LEA über die neue Online-Maske zur Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit erreichen. Wer den Antrag seinerzeit im Bezirk gestellt hat, muss sich (erneut) hinten anstellen. Will man vom angepassten Antragsverfahren profitieren, so kann ein Antrag noch einmal online gestellt werden. In diesem Fall werden erneut Gebühren in Höhe von 255,00 Euro für Erwachsene und 51,00 Euro für Kinder unter 16 Jahren fällig. Eine Erstattung der Kosten für Einbürgerungswillige, die bereits im Bezirk einen Antrag gestellt haben, lehnt die Innenverwaltung hingegen ab, denn niemand sei gezwungen, einen weiteren, kostenpflichtigen digitalen Antrag zu stellen. „Wir können und wollen das aber auch nicht verhindern“ heißt es von dort.<sup>2</sup> Gleichzeitig teilt das LEA mit: „Bei den meisten von den Bezirken übernommenen Altanträgen müssen alle Unterlagen erneut abgefordert werden, da diese grundsätzlich nicht

<sup>1</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/12/berlin-zentrale-einbuengerung-behoerde-deutsche-staatangehoerigkeit.html>

<sup>2</sup> <https://www.tagesspiegel.de/berlin/doppelte-gebuehr-bei-erneutem-einbuengerungsantrag-berliner-innenverwaltung-lehnt-forderung-nach-erstattung-ab-12038657.html>

älter als sechs Monate sein dürfen“.<sup>3</sup> Mehr noch: Die anfängliche Praxis des Landesamtes, die Gebühren für den erneuten, digitalen Antrag zu erstatten, wurde im April 2024 eingestellt.<sup>4</sup>

In der Folge schafft dieses Vorgehen eine Praxis, in der Antragstellende benachteiligt werden, weil sie gleich zweimal zur Kasse gebeten werden. Anders ausgedrückt: Wer im neuen Verfahren rasch eingebürgert werden möchte, muss sich das leisten können. Das ist nicht sozial und aus diesem Grund müssen die Doppelgebühren im Einbürgerungsverfahren umgehend gestoppt werden.

---

<sup>3</sup> <https://www.tagesspiegel.de/berlin/beschleunigung-durch-doppelte-zahlung-betroffene-beklagen-ungerechtigkeit-bei-einburgerung-11831291.html>

<sup>4</sup> [https://www.migrationsrat.de/wp-content/uploads/2024/10/Policy-Recommendations\\_Final-2.pdf](https://www.migrationsrat.de/wp-content/uploads/2024/10/Policy-Recommendations_Final-2.pdf)

**Kultur**

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 058/04**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/12 Helmholtzplatz**

**01.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**  
**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Straßenbenennung zur Erinnerung an die Bibas-Familie**

- 1 Wir fordern die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow dazu auf,
- 2 Bestrebungen aus der Pankower Bürgerschaft zu unterstützen, die S-Bahn-Brücke an der
- 3 Pappelallee/Stahlheimer Straße nach der Bibas-Familie zu benennen, um das Andenken an
- 4 Shiri Bibas und ihre Kinder Ariel und Kfir, deutsch-isralische Staatsbürger, die von der Hamas
- 5 entführt und ermordet wurden, für zukünftige Generationen zu bewahren.

**Begründung:**

Die grausame Entführung und Ermordung der Bibas-Familie durch die Hamas am 7. Oktober 2023 hat weltweit für Entsetzen gesorgt. Als deutsche Staatsbürger verdienen sie eine angemessene Erinnerung in unserer Hauptstadt.

Brücken sind weit mehr als geographische Orientierungspunkte. Sie sind Symbole der Verbindung und Ausdruck historischer Erinnerungskultur. Die Benennung der S-Bahn-Brücke nach der Bibas-Familie würde dazu beitragen, die Namen der Opfer für die Nachwelt zu bewahren und ein starkes Zeichen gegen Terrorismus und Gewalt zu setzen.

Die S-Bahn-Brücke an der Pappelallee/Stahlheimer Straße bietet sich hierfür besonders an. Es ist ein Ort, an dem oft Eltern mit ihren kleinen Kindern stehen und den vorbeifahrenden Bahnen zuwinken – ein berührendes Symbol, das an Ariel und Kfir erinnern würde. Jedes Hupen einer vorbeifahrenden S-Bahn könnte so zu einem Gruß an die ermordeten Kinder werden.

Die jüdische Dichterin Zelda Schneerson Mishkovsky schrieb: "Jeder Mensch hat einen Namen, den ihm Gott gab und den ihm sein Vater und seine Mutter gaben." Lasst uns gemeinsam sicherstellen, dass die Namen und das Andenken an Shiri, Ariel und Kfir Bibas in Berlin weiterleben.

# Mobilität

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**04. KDV am 29.03. 2025**

**WP 2024 bis 2026**

**ANT 069/04**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/15 Kollwitzplatz - Winskiez**

**07.03.2025**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Digitale Parkraumbewirtschaftung ermöglichen**

---

- 1 Die Sozialdemokratischen Entscheidungsträger der Landes- und Bundesebene werden
- 2 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass entsprechende Regelungen geschaffen werden, um
- 3 die Digitale Parkraumbewirtschaftung z.B. durch Scan-Fahrzeuge in Deutschland rechtssicher
- 4 dauerhaft einzuführen.

**Begründung:**

Die sogenannten Scan-Fahrzeuge, die Kennzeichen der parkenden Fahrzeuge mithilfe einer Kamera erfassen und die Daten dann mit digitalen Datenbanken abgleichen und überprüfen, ob eine Parkberechtigung vorliegt, wären eine große Erleichterung für die Bezirke, da vorhandenes Personal für andere Aufgaben eingesetzt werden könnte und die Einnahmen sich auch steigern könnten.